

Die zweite Chance – ungenutzt

Politische Bewertung der
Koalitionsvereinbarung
zwischen SPD und Grünen
für die 15. Legislaturperiode
des Deutschen Bundestags
(Seite 3–16)

Gemeinsamer
Beschluss der
Präsidien von
CDU und CSU
zur rot-grünen
Koalitions-
vereinbarung

(Seite 17–19)

I. Globale Bewertung

1. Kein Mut zu Reformen
2. Gebrochene Wahlversprechen
3. Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat
4. Kein Konzept für Wachstum und Beschäftigung
5. Verschiebung zu Lasten kommender Generationen
6. Eingriffe in die Kompetenz der Länder
7. Dringende Aufgaben werden nicht angepackt

II. Bewertung der Hauptvorhaben

Haushalt / Steuern
Arbeitsmarkt
Rente
Gesundheit
Familie
Einschnitte bei der Eigenheimzulage
Innere Sicherheit
Umwelt / Energie
Deutschland in Europa und der Welt

I. GLOBALE BEWERTUNG

1. Kein Mut zu Reformen

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor der gestaltungsrärmsten Legislaturperiode in ihrer über 50jährigen Geschichte. Die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen ist ein Dokument des politischen Stillstands und der verweigeren Reformen. Der Politik der Bundesregierung in den kommenden vier Jahren fehlt jeglicher Mut zur grundlegenden Veränderung und die Kraft zur politischen Verantwortung.

Die von Rot-Grün verhandelte Koalitionsvereinbarung beweist: beide Parteien haben weder den Mut noch die Kraft, die notwendigen politische Konsequenzen aus den tief greifenden ökonomischen, demographischen und sozialen Veränderungen in unserem Land zu ziehen. Deutschland braucht grundlegende und mutige Strukturreformen. Rot-Grün weicht dieser Notwendigkeit aus und flüchtet in höhere Belastungen der Bürger durch Steuern und Abgaben, in Leistungskürzungen und in eine höhere Neuverschuldung. Die längst überfälligen Reformen werden weitere vier Jahre verschleppt:

- Keine Deregulierung und Flexibilisierung am Arbeitsmarkt
- Keine Absenkung der Sozialabgaben auf unter 40 Prozent
- Keine Vereinfachung der komplizierten Riester-Rente

- Keine Stabilisierung des Gesundheitswesens durch mehr Wettbewerb, Prävention und Transparenz
- Keine Entlastung der Arbeitsverhältnisse von hohen Lohnnebenkosten durch Sozialabgaben
- Keine Vereinfachung des Steuerrechts und keine Absenkung der Steuersätze
- Keine Rückführung der Staatsquote.

Ohne diese unumgänglichen Schritte wird der deutsche Wirtschaftsmotor nicht wieder anspringen, wird die Arbeitslosigkeit auf unerträglich hohem Niveau verharren. Nicht globale Einflüsse sind Ursache der deutschen Konjunkturschwäche, sondern die falschen Weichenstellungen von Rot-Grün. Die mit der knapp gewonnenen Bundestagswahl gegebene zweite Chance wurde nutzlos vertan.

2. Gebrochene Wahlversprechen

Die Verweigerung grundlegender Reformen stellt einen eklatanten Bruch der im SPD-Programm gegebenen Wahlversprechen dar:

- „Deutschland braucht auch weiterhin den Mut zur Erneuerung.“
- „Der Marsch in den Schuldenstaat ist beendet.“
- „Wir werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern vor allem durch ... die weitere Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast.“
- „Die jährliche Neuverschuldung des Bun-

des haben wir kontinuierlich zurückgeführt. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen.“

- „Wer im Gesundheitswesen die Solidarität erhalten und die Qualität stärken will, muss zu mutigen Reformen bereit sein.“
- „Wir fördern das selbstgenutzte Wohneigentum als Neubau, insbesondere in den Zentren, aber auch im Bestand.“

Keine dieser Zusagen wird im Koalitionsvertrag umgesetzt. Die Wähler sind über den Wahltag hinaus bewusst getäuscht worden. Noch Anfang Oktober gab Gerhard Schröder die Zusage: „Es wird keine Steuererhöhungen geben.“ (Bild, 1. Oktober 2002) Die Regierungskoalition hat innerhalb weniger Tage nach der Wahl als verbindlich zugesagte Leitlinien ihrer Politik suspendiert und ins Gegenteil verkehrt. Sie offenbart damit eine politische Charakterlosigkeit bisher nicht gekannten Ausmaßes.

3. Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat

Die Koalitionsvereinbarung ist in der Substanz nichts anderes als ein Programm zur Sanierung der verlotterten Staatsfinanzen. Vorgesehen sind Steuer- und Abgabenerhöhungen, Leistungskürzungen, Streichung von Ausnahmetatbeständen und die Aufnahme neuer Schulden. All das ist Gift für Konjunktur und Arbeitsplätze. Die erheblichen Mehrbelastungen für Unternehmen und Haushalte würgen den stotternden Konjunkturmotor ab und drosseln den ohnehin schwachen privaten Verbrauch noch stärker. Das Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Staatseinnahmen folgt keiner politischen Leitidee; allerdings wird der Versuch unternommen, den Eindruck zu erwecken, die zusätzlichen Belastungen träfen nur Besserverdienende und Großunterneh-

men, denen ungerechtfertigte Steuervorteile gestrichen würden. Deutschland steht vor einer neuen Neiddebatte. Wie sehr Rot-Grün auf Neidreflexe setzt, zeigt die exorbitante Erhöhung der Besteuerung von privat genutzten Dienstwagen um 50 Prozent. Bei Licht betrachtet ist die Streichung so genannter Steuerprivilegien im Ergebnis eine versteckte Steuererhöhung zu Lasten der Leistungsträger.

Wer Arbeit und Leistung immer mehr belastet, erstickt die Leistungsbereitschaft der Menschen. Das Ideal des „schlanken Staates“ wurde endgültig preisgegeben. Rot-Grün setzt auf mehr Staat und legt der Wirtschaft weitere Fesseln an. Die Politik der Bundesregierung kommt einer schleichen den Verstaatlichung der privaten Einkommen gleich.

Im Ergebnis bedeutet die Koalitionsvereinbarung das Ende des von der alten Bundesregierung propagierten Spar- und Konsolidierungskurses. Das Ziel, im Jahr 2006 keine neuen Schulden mehr zu machen, ist durch die vereinbarten Maßnahmen nicht zu erreichen. Auch die Vorgaben des europäischen Stabilitätspaktes sind mit dieser Politik nicht einzuhalten. Was angeblich der Stärkung einer schwachen Konjunktur dienen soll, wird den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter schwächen und der internationalen Reputation Deutschlands insbesondere im Euroraum schweren Schaden zufügen. Ausgerechnet Deutschland, auf dessen maßgebliches Betreiben hin der Europäische Stabilitätspakt zustande gekommen ist, erweist sich nun als das Land, das unbedenklich und vorsätzlich die gemeinsame europäische Währung schwächt. Das von Schröder und Fischer in Aussicht gestellte „Mehr an Flexibilität“ in der Interpretation des Euro-Stabilitätspaktes lässt auf einen künftig äußerst bedenklichen Umgang

mit den Stabilitätskriterien schließen – mit allen negativen Folgen für die Stabilität des Euro und für die europäischen Volkswirtschaften, aber auch und gerade für die Sparrer mit kleinen Guthaben.

4. Kein Konzept für Wachstum und Beschäftigung

Die Koalitionsvereinbarung lässt kein schlüssiges Gesamtkonzept für mehr Wachstum und Beschäftigung erkennen. Von dem Regierungsprogramm gehen keine positiven Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Konsum aus. Die Zukunft der Arbeit ist in Deutschland durch diese Koalitionsvereinbarungen weiter verdüstert worden. Die Lohnnebenkosten steigen, Arbeit wird teurer, Deutschland wird international noch weniger wettbewerbsfähig. Die vereinbarten Veränderungen im Rentenrecht werden die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber um rund 500 Millionen € steigen lassen. Die Vorschläge der Hartz-Kommission, die umzusetzen vereinbart wurde, werden lediglich dazu führen, dass der Mangel effizienter verwaltet wird. Die Einführung einer Mindeststeuer sowie die Einschränkung des Verlustabzuges kann gerade kleinere Kapitalgesellschaften sehr leicht in der Substanz treffen und gefährdet zusätzlich Arbeitsplätze. Hier sollen Gewinne besteuert werden, die gar nicht erzielt worden sind; dies widerspricht eklatant dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Die vereinbarten Maßnahmen zur Rückführung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik stellt die drastischste Kürzung in diesem Bereich seit über 10 Jahren dar. Die Union wird ihr Wächteramt als Opposition besonders sorgfältig wahrnehmen und darauf achten, dass die geänderte Arbeitsmarktstatistik nicht zu einer Verfälschung der Wirklichkeit führt.

5. Verschiebung zu Lasten kommender Generationen

Rot-Grün hat Maßnahmen vereinbart, die geeignet sind, kurzfristig Haushaltslücken zu schließen und die Alterssicherung vorübergehend zu stabilisieren. Der Preis für diese Maßnahmen wird mittel- bis langfristig zu zahlen sein, wenn eine höhere Beitragsbemessungsgrenze zu höheren Ausgaben der Rentenversicherungsträger führt. Hier werden notdürftig die heutigen Haushaltslöcher gestopft und zugleich weitaus größere Finanzierungslücken in der Zukunft aufgerissen. Hier wird die Generationengerechtigkeit massiv verletzt. Rot-Grün wird diesen Mechanismus nur durch die Einführung einer Einheitsrente umgehen können.

6. Eingriffe in die Kompetenz der Länder

Die Förderung von Ganztagschulen und Kleinkinderbetreuung steht zwischen allen politischen Lagern außer Streit. Aber die Ausgestaltung als zentralstaatliches Kofinanzierungsprogramm, das zwar die Anschubfinanzierung erleichtert, die dauerhaften Betriebskosten dann aber den Ländern und Gemeinden aufbürdet, ist in höchstem Maße fragwürdig.

Auch kann es nicht angehen, dass der Bund in die Gestaltungshoheit der Länder eingreift, indem er ohne eigene Zuständigkeit Vorgaben zur pädagogischen Ausgestaltung von Ganztags-Betreuungsangeboten macht und seine Förderung an die Einhaltung dieser Vorgaben bindet.

7. Dringende Aufgaben werden nicht angepackt

Zu den Nullstellen der Koalitionsvereinbarung muss auch die Tatsache gezählt wer-

den, dass wichtige Aufgaben, die einer Lösung zugeführt werden müssen, überhaupt nicht erwähnt werden:

- Es gibt keine Vereinbarung zur Verbesserung der finanziellen Förderung von Familien mit Kindern.
- Die Finanzprobleme der Bundeswehr müssen als auf weitere vier Jahre fortgeschrieben angesehen werden.
- Der Aufbau Ost ist nicht einmal mehr Chefsache geworden. Die Koalitionsvereinbarungen enthalten keine neuen Ideen; es bleibt bei einem phantasielosen „Weiter so!“.
- Bei der inneren Sicherheit blockieren sich Rot und Grün wechselseitig. Es gibt keine klare Kronzeugenregelung, keine umfassenden biometrischen Merkmale in Ausweispapieren und keine schärfere Bekämpfung der Graffiti-Schmierereien. Gerade in einer Zeit zunehmender Gefahren durch Terrorismus und Organisierte Kriminalität handelt die Koalition zum Schaden Deutschlands.

Im Übrigen sind viele Absichten der Koalitionspartner so undeutlich und vage formuliert, dass der Verdacht nahe liegt, Rot-Grün habe sich mit Blick auf die Landtagswahlen am 2. Februar 2003 zunächst auf solche Maßnahmen konzentriert, von denen sich die Mehrzahl der Wähler nicht unmittelbar betroffen sieht. Es steht zu erwarten, dass nach den Landtagswahlen weitere Belastungsschritte folgen.

II. BEWERTUNG DER HAUPTVORHABEN

Haushalt/Steuern

Die Zielvorgabe eines ausgeglichenen Haushalts bis 2006 ist höchst unglaubwürdig, birgt doch schon der Bundeshaushalt für das nächste Jahr sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabeseite höhere Risiken als in den Koalitionsverhandlungen zugelegt. Allein auf der Einnahmeseite dürfte sich eine Lücke von mindestens 15 Mrd. € auftun.

Die Einnahmeseite soll – so die Vorstellung der Bundesregierung – durch das „altbewährte“ Rezept der Steuererhöhung gestärkt werden. Aus den Fehlern der letzten Jahre – Deutschland an der Spitze bei Steuer- und Abgabenerhöhung (in 2002) und Zuwachs der Arbeitslosigkeit und Schlusslicht beim Wachstum – ist scheinbar nicht gelernt worden.

- **Mehrwertsteuer:** Insbesondere im landwirtschaftlich-forstwirtschaftlichen, kulturellen aber auch medizintechnischen Bereich sowie *e-commerce* wird künftig der volle Mehrwertsteuersatz erhoben. Ob dies für diese ohnehin angespannten Bereiche förderlich bzw. überall praktikabel ist, darf bezweifelt werden.

- **Unternehmensbesteuerung:** Mit den Änderungen bei der Körperschaftsteuer versucht die Bundesregierung, darauf zu reagieren, dass ihr hier in den letzten Jahren die von ihr selbst verursachte Entwicklung des Steueraufkommens und deren Kalkulierbarkeit vollkommen aus dem Ruder gelaufen sind. So soll für Unternehmen eine Mindestbesteuerung von 50 % des jährli-

chen Gewinns sowie die Beschränkung des Verlustvortrags auf sieben Jahre eingeführt werden. Die Verlustverrechnung soll dabei auch für Personenunternehmen und damit wesentliche Teile des Mittelstandes ein geschränkt werden, der konjunkturelle Schwankungen oft weniger gut glätten kann als die großen Kapitalgesellschaften und dadurch von der Regelung besonders betroffen ist. Eine parallele, von uns vorgesehene deutliche Senkung der Steuersätze insbesondere für den Mittelstand fehlt. Es findet eine reine Steuererhöhung statt. Gleiches gilt für die Verschärfung der Abschreibungsregeln.

Die Verringerung des Anteils der Gewinnausschüttungen, die das Körperschaftsteuerguthaben von 1/6 auf 1/7 mindern, zeugt von der geringen Kontinuität und Verlässlichkeit der rot-grünen Steuerpolitik. Die Streichung des Spendenabzugs für Kapitalgesellschaften im Gemeinnützigkeitsrecht verschärft die Lage in Wissenschaft, Kunst, Kultur und Sozialwesen, die zunehmend auf Spenden angewiesen sind.

■ **Besteuerung der „Spekulationsgewinne“ aus Wertpapiergeschäften und Immobilien:** Diese Maßnahme – Gewinne sollen ausnahmslos besteuert werden – ist ein schwerer Schlag für den Finanzplatz Deutschland in einer Phase, in der das Vertrauen der Anleger ohnehin auf dem Tiefpunkt ist. Der deutsche Aktienmarkt hat im Jahr 2002 weit mehr verloren als alle anderen Aktienmärkte.

Bei der Rentenreform wurde von Rot-Grün noch ein Ausbau der privaten Altersvorsorge gefordert. Nun wird derjenige, der für sein Alter privat zusätzlich vorsorgt, weiter bestraft. Eine Kursgewinnsteuer betrifft nicht nur Aktien, sondern alle Wertpapiere, d.h. auch Sparere in festverzinslichen

Wertpapieren und Investmentfonds. Mit der Einführung von Kontrollmitteilungen wird das Bankgeheimnis *de facto* abgeschafft, statt international tragfähige Lösungen bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften zu installieren. Die Besteuerung von Immobiliengeschäften im Blick auf nicht selbst genutztes Wohneigentum nach über 10 Jahren bedeutet, dass die für die private Altersvorsorge angeschaffte, vermietete und dann verkaufte Eigentumswohnung zukünftig generell besteuert wird. Die Anschaffung von Grundstückseigentum wird für den Einzelnen uninteressant, da er zukünftig auch bei reinen Umschichtungen seines Vermögens generell besteuert wird.

Besonders problematisch ist der verfassungsrechtlich bedenkliche Weg, die Regelungen in beiden Bereichen voraussichtlich rückwirkend gelten zu lassen, was dazu führen könnte, dass der Staat im Nachhinein die gewährten Steuervorteile durch Sonder-AfA (Aufbau Ost) wieder einkassiert.

Arbeitsmarkt

■ **Hartz-Kommission:** Laut Koalitionsvereinbarung sollen die Vorschläge der Hartz-Kommission vollständig umgesetzt werden. Arbeitslose sollen eine Reihe von Anreizen zur Anmeldung einer Ich-AG erhalten. Die Bundesregierung hat mit ihrem Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit genau das Gegenteil gemacht und damit vielen den Weg in eine echte Selbstständigkeit versperrt. Der geplante pauschale Steuersatz von 10 % verstößt massiv gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Besteuerung der Einkommen.

Die Verdienstgrenze für Mini-Jobs für Dienstleistungen in privaten Haushalten wird auf 500 € angehoben und der Beitragseinzug für geringfügige Beschäftigte ver-

einfacht. Die Einkünfte unterliegen einer Sozialversicherungspauschale von 10%. Dieser Vorschlag ist ungenügend, weil die Beschränkung der 500-Euro-Jobs auf Haushaltsberufe verfehlt ist. Die bürokratische Neuregelung der 325-Euro-Jobs aus dem Jahr 1999 wird nicht aufgehoben, und auch diese Arbeitsverhältnisse müssen als Nebenjob weiterhin versteuert werden.

Die CDU will eine unbürokratische Regelung für alle ermöglichen. Unser „Drei-Säulen-Modell“ schafft mehr Beschäftigung.

■ **Jump:** Das Jump-Programm soll fortgeführt und ergänzt werden. Vor dem Hintergrund der überproportional angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit wird klar, dass bisher jährlich 1 Mrd. € ohne messbaren Erfolg ausgegeben wurden.

■ **Bündnis für Arbeit:** Es ist geplant, das Bündnis für Arbeit in neuen Strukturen fortzuführen. Der Erfolg dieses Vorhabens ist vor dem Hintergrund des Scheiterns des Bündnisses in der letzten Legislatur mehr als zweifelhaft.

■ **Tarifreugesetz:** Mit ihrer Absichtsbekundung, das Tarifreugesetz erneut einzubringen, bläst die Koalition erneut zum Angriff auf Tarifautonomie, Koalitionsfreiheit, Bauindustrie der neuen Länder und Wettbewerb im ÖPNV.

■ **Arbeitsmarktstatistik:** Nach der Koalitionsvereinbarung soll eine Arbeitsmarktstatistik nach internationalen Maßstäben geschaffen werden. Festzustellen ist, dass auf eine Statistik, die die nationalen Verhältnisse präzise abbildet und vor allem im Zeitablauf Vergleichbarkeit gewährleistet, nicht verzichtet werden kann.

Rente

„Wir werden die Beiträge zur Rentenversicherung durch maßvolle Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und eine weitere vertretbare Absenkung der Schwankungsreserve stabilisieren“, heißt es im Koalitionsvertrag.

Wie aus Kreisen der Koalition zu hören war, bedeuten diese Aussagen konkret:

- Der Rentenbeitrag wird von 19,1 % auf 19,3 % erhöht. Damit werden der Durchschnittsverdiener und sein Arbeitgeber jeweils 90 € mehr pro Jahr in die Rentenkasse einzahlen.
- Die Beitragsbemessungsgrenze von gegenwärtig 4500 € soll „maßvoll“ auf 5100 Euro (statt lediglich 4600 €) in den alten Ländern und in den neuen Ländern von 3750 € auf 4275 € im Monat angehoben werden.
- Die Schwankungsreserve der Rentenversicherung wird von 0,8 auf 0,6 Monatsausgaben abgesenkt.

Mit der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze werden die Rentenfinanzen allenfalls kurzfristig entlastet. Gutverdienende Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber haben durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze pro Jahr bis zu 1200 € mehr in die Rentenkasse einzuzahlen. Mit diesen Einnahmen sind später aber unweigerlich Mehrausgaben verbunden. Die spätere Rente der von der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze betroffenen Arbeitnehmer erhöht sich um bis zu 6 € pro Monat. Der gegenwärtige finanzielle Engpass der Rentenversicherung wird durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze damit lediglich

auf die Zukunft und damit auf die nachfolgende Generation verlagert. Auch werden den Menschen dadurch die Möglichkeiten genommen, eigenständig in eine private oder betriebliche Altersvorsorge zu investieren.

Ferner kann durch die geplante weitere Absenkung der Schwankungsreserve die Liquidität der Rentenkasse nicht mehr sichergestellt werden.

Bei einer Absenkung der „Eisernen Reserve“ von 0,8 auf 0,6 Monatsausgaben besteht unweigerlich die Gefahr, dass die Rentenversicherung unterjährig in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Nach einer Absenkung der Reserve auf 0,6 Monatsausgaben beträgt das Finanzpolster Ende 2003 lediglich rd. 9 Mrd. €. Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre werden die liquiden Mittel der Schwankungsreserve im beitragschwächsten Monat 2003, im Oktober, bei lediglich rd. 2 Mrd. € liegen.

Sollten die Wirtschaftsprognosen der Bundesregierung nicht eintreten, könnte das Finanzpolster der Rentenversicherung zu diesem Zeitpunkt ganz aufgebraucht sein. Der Bund müsste der Rentenversicherung dann eine Liquiditätshilfe leisten, was einer Katastrophe für das Vertrauen der Bürger in die gesetzliche Rentenversicherung gleichkäme. Aus diesem Grund warnen die Rentenversicherer ganz nachdrücklich vor der geplanten Absenkung der Schwankungsreserve.

Trotz der katastrophalen finanziellen Lage der Rentenversicherung und der unaufhaltsam fortschreitenden demografischen Entwicklung macht Rot-Grün im Koalitionsvertrag keine Vorschläge für notwendige Strukturmaßnahmen im Rentenbereich. Eine dringend notwendige Reformdebatte und die Umsetzung der Vorschläge der Wahlprogramme werden von der Koalition gescheut. Man möchte lediglich prüfen, wie

die Weiterentwicklung der Sozialversicherungssysteme „angesichts der demografischen Entwicklung, einer sinkenden Lohnquote und der zunehmenden Diskontinuität von Erwerbs- und Berufsbiografien“ gestaltet werden könne.

Die Union hatte mit ihrem Regierungsprogramm und vielen weiteren Vorschlägen gezeigt, wie eine generationengerechte, nachhaltige und solidarische Rentenreform gestaltet werden müsste.

Unser Ziel bleibt es, dass die kapitalgedeckten Elemente der betrieblichen und privaten Vorsorge einen höheren Stellenwert erhalten. Die bürokratische zusätzliche Altersvorsorge muss so umgestaltet werden, dass sie von den Menschen als weitere Form der Vorsorge anerkannt und akzeptiert wird.

Auch müssen in der Rentenversicherung die Verschiebungen im Bevölkerungsaufbau endlich in nachvollziehbarer und transparenter Form berücksichtigt werden. Ein demografischer Faktor, verankert in einer verlässlichen Rentenformel, bleibt die einzige Möglichkeit, unser Rentensystem auf eine solide Basis zu stellen.

Gesundheit

■ **Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung:** Anhebung der Versicherungspflichtgrenze für neue Versicherte auf das Niveau der Rentenversicherung. Dies löst jedoch keines der strukturellen und finanziellen Probleme. Es fehlt ein durchgreifendes Konzept zur Verbesserung der Einnahmebasis der Krankenkassen.

■ **Krankenkassen:** Organisationsreform der Krankenkassen mit dem Ziel mehr Qualitätswettbewerb. Weitere Schiedsstellen werden installiert, um Konflikte zwischen

Kassen und Leistungserbringern aufzulösen. Einzelverträge der Kassen mit Leistungserbringern sollen ermöglicht werden. Der Sicherstellungsauftrag wird „angepasst“. Damit erfolgt eine Machtverlagerung hin zu den Krankenkassen. Offensichtlich soll der bisher den Kassenärzten obliegende Sicherstellungsauftrag zu Gunsten der Kassen verändert werden.

■ **Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung:** Einheitlicher Leistungsanspruch in der GKV, der sich strikt am medizinisch Notwendigen orientieren soll. Der Leistungskatalog soll stetig angepasst werden. Einrichtung eines „Deutschen Zentrums für Qualität in der Medizin“ zwecks Erstellung von Behandlungsleitlinien, Fortschreibung des Leistungskatalogs und Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel. Die Krankenkassen erhalten die Möglichkeit, Anreiz- und Bonussysteme anzubieten. Im Rahmen von Satzungsleistungen der Krankenkassen sollen „unterschiedliche Therapieansätze etabliert“ werden.

Im Gegensatz zu den Bekundungen im Wahlkampf und der heftigen Diffamierung der Pläne der Union zum Ausbau der Wahlfreiheiten der Krankenversicherten, will nun auch die Koalition offensichtlich eine Änderung des bisherigen Leistungsumfanges der GKV vornehmen. Man muss sogar annehmen, dass eine standardisierte Mindestversorgung angestrebt wird („strikte Orientierung am medizinisch Notwendigen“). Die geplante neue Behörde wird die Bürokratie und Standardisierung in der Medizin noch verstärken.

■ **Leistungserbringer:** Organisationen der Leistungserbringer (z. B. Kassenärztliche Vereinigungen) sollen zu Dienstleistern

weiterentwickelt werden. Der Hausarzt soll „Lotse im Gesundheitswesen“ werden. In der ambulanten Versorgung sollen neben freiberuflichen Ärzten auch Gesundheitszentren tätig werden.

Eine Modernisierung der Strukturen der Selbstverwaltung wäre zu begrüßen. Dies darf aber nicht zu einer Schwächung der Stellung der Leistungserbringer gegenüber den Kassen führen.

■ **Arzneimittelversorgung:** Arzneimittelversorgung wird „liberalisiert“. Die Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel wird einer neuen Behörde übertragen. Was damit gemeint ist, bleibt offen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass im Rahmen eines Vorschaltgesetzes eine Reihe restriktiver und planwirtschaftlicher Maßnahmen zur Senkung der Arzneimittelausgaben ergriffen werden.

■ **Patienten:** Patientenschutz und Patientenrechte werden ausgebaut. Patientencharta und Einsetzung eines Beauftragten für Patienten sind geplant. Einführung einer Gesundheitskarte auf freiwilliger Basis. Einführung einer Patientenquittung.

Die Verbesserung der Rechte und der Rolle der Patienten ist grundsätzlich zu begrüßen, geht jedoch nicht weit genug. Die Patienten sollten stärker aktiv in die Entscheidungen innerhalb der GKV einbezogen werden. Stattdessen plant Rot-Grün die Einsetzung eines Patientenbeauftragten. Das reduziert jedoch die Patienten auf die Rolle von Bittstellern.

■ **Pflegeversicherung:** Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Familienlastenausgleich bei der Pflege soll fristgerecht umgesetzt werden. Bestehende Konflikte zwischen der gesetzlichen Krankenversi-

cherung und der Pflegeversicherung sollen durch eine abgestimmte Aufgaben- und Finanzierungsverteilung aufgelöst werden.

Diese Punkte können von der Union grundsätzlich unterstützt werden. Es fehlen jedoch Antworten darauf, wie die finanziellen Probleme, die zunehmenden personellen Engpässe im Pflegebereich, die Qualitäts-defizite und die überbordende Bürokratie in der Pflegeversicherung angegangen werden sollen.

Familie

Rot-Grün verspricht im Koalitionsvertrag, die Wahlmöglichkeiten für Eltern zwischen Familie und Beruf und, die materielle Sicherheit für Familien zu verbessern. Dieses Ziel wird verfehlt. Stattdessen wird viel heiße Luft verkündet.

■ **Kinderbetreuung:** Der Koalitionsvertrag fordert ein verlässliches Betreuungsangebot für Kinder bis 16 Jahre. Den Schwerpunkt setzt Rot-Grün bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren und plant einen Versorgungsgrad von 20%. Hierfür wird der Bund den Kommunen ab 2004 jährlich 1,5 Mrd. € zur Verfügung stellen.

Dieser Betrag wird nicht ausreichen, um einen Versorgungsgrad von 20 % mit entsprechenden Qualitätsstandards zu erreichen und zukünftig zu halten. Nach Einschätzung des Deutschen Städtetages werden dazu 2,4 Mrd. € benötigt. Es bleibt also eine Finanzierungslücke von 0,9 Mrd. €: auf diesen Kosten werden die Kommunen dann sitzen bleiben.

Rot-Grün geht einseitig von der Schaffung von Krippenplätzen aus und berücksichtigt in keiner Weise bestehende regionale Unterschiede in der Versorgung. Der wichtige Bereich, die Versorgung durch Tagesmütter, bleibt unberücksichtigt.

Die Union bestreitet nicht die Notwendigkeit besserer Kinderbetreuung. Wir wollen jedoch keine einseitige Struktur von staatlichen Krippenplätzen, sondern die Vielfalt der Betreuungsmöglichkeiten mit hoher Qualität, die den Eltern Wahlmöglichkeiten eröffnen. Es muss den Eltern freigestellt bleiben, welche Form der Betreuung sie für ihre Kinder wählen. Eltern muss die Freiheit der Lebensgestaltung für ihre Familie ermöglicht bleiben.

Ein weiterer Schwachpunkt des Koalitionsvertrags: Von der Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Kindergartenalter ist nirgends die Rede. Auch die Frage der inhaltlichen Ausgestaltung der Kinderbetreuung, eines Qualitätsstandards oder der Elternbeiträge bleibt mehr als vage. Es fehlt ein umfassendes Betreuungskonzept. Stattdessen wird Stückwerk geboten.

■ **Ganztagschulen:** In den kommenden fünf Jahren will Rot-Grün insgesamt 4 Mrd. € für den Ausbau von 10.000 Ganztagschulen bereitstellen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein: Rechnerisch bedeutet das eine Förderung von 80.000 € pro Schule und Jahr. Beim Ausbau einer Schule zur Ganztagschule geht man gewöhnlich von Mehrkosten in Höhe von 30% aus. Dazu reichen 80.000 € bei weitem nicht aus.

Darüber hinaus erstreckt sich der Bundeszuschuss nur auf Sachkosten. Die wesentlich höheren Personalkosten müssen die Länder tragen. Es ist völlig ungeklärt, wie die weitere Finanzierung im Anschluss an die Bundesförderung bzw. wie die Gesamtfinanzierung aussehen soll. Dessen ungeachtet greift der Bund mit dieser Förderung in die Zuständigkeiten der Länder ein und versucht, Länderzuständigkeiten zu zentralisieren.

■ **Familienförderung:** Konkrete Aussagen zur Familienförderung fehlen. Vor der Bundestagswahl war bei der SPD noch von einer möglichen Erhöhung des Kindergelds auf 200 € die Rede. Davon hat sich die rot-grüne Koalition verabschiedet. Selbst eine minimale Kindergelderhöhung ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Das Missverhältnis zwischen der Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge und dem Kindergeld besteht weiter fort. Das führt dazu, dass Familien mit kleinem Einkommen massiv benachteiligt werden. Familien in unteren Einkommensschichten erhalten für ihre Kinder keine zusätzliche Familienförderung.

Der Familienleistungsausgleich wird weiterentwickelt noch den steigenden Lebenshaltungskosten angepasst. Im Koalitionsvertrag ist nicht vorgesehen, das Erziehungsgeld an die steigenden Lebenshaltungskosten anzupassen. Nachgewiesene Kinder- betreuungskosten ab 1.500 € erhalten nach wie vor nur berufstätige Eltern. Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, gehen auch künftig leer aus. Konkrete Verbesserungen sieht der Koalitionsvertrag nicht vor.

Einschnitte bei der Eigenheimzulage

Durch die beabsichtigte Streichung der Grundförderung sowie Senkung der Einkommensgrenzen erhofft sich der Bund Einsparungen vom 210 Mio. € in 2003, die bis auf 2,27 Mrd. € in 2006 steigen. Dies wird weiten Teilen der Bauwirtschaft (insbesondere dem mittelständischen Handwerk) den Todesstoß versetzen. Viele Familien werden sich den Traum von den eigenen vier Wänden nicht mehr leisten können, wenn diese rot-grünen Pläne Wirklichkeit werden.

Wenn Rot-Grün seine Politik dennoch als familienfreundlich und damit zugleich die

Wähler für dumm verkauft, zeigt das, wie sehr Rot-Grün von der Wirklichkeit entfernt hat. Beim Neubau würden Familien mit weniger als 6 Kindern, das sind über 99% der Familien mit Kindern, zu den Verlierern gehören. Junge Ehepaare, die für die Familiengründung Wohneigentum erwerben wollen, erhalten nach diesen Plänen künftig keinen Euro Förderung mehr.

Wir lehnen die Einschnitte bei der Eigenheimzulage strikt ab, weil sie Gift sowohl für die Bauwirtschaft als auch für Häuslebauer sind. Unser Ziel ist es, die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums in Neubau und Bestand zu stärken, die Eigenheimförderung familienfreundlicher zu gestalten und das Wohneigentum wirksam in die Förderung der privaten Altersvorsorge einzubinden.

„Man kann einem so schwierigen Markt nicht noch zusätzlich einen Tritt versetzen, indem man das Fördervolumen absenkt“, so Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer der deutschen Bauindustrie. Auch die IG Bauen-Agrar-Umwelt warnt vor einem „Streichkonzert“ bei der Förderung von Wohneigentum. Für die kriselnde Bauwirtschaft kommt dies „dem Abschalten einer Herz-Lungen-Maschine bei einem Totkranken“ gleich, sagte IG-BAU-Chef Klaus Wiesehügel.

Innere Sicherheit

Zuwanderung, Staatsangehörigkeitsrecht:

■ „Wir gestalten Einwanderung, schützen Flüchtlinge und fördern Integration“, heißt es im Koalitionsvertrag. Im Titel des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes war jedoch noch von „Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ die Rede, wenngleich diese

Überschrift nicht den Inhalt des Gesetzes widerspiegelt. Im Gegenteil, mit dem Gesetz kommt es zu einer massiven Ausweitung der Zuwanderung durch die Einführung neuer Bleiberechte und Zuwanderungsmöglichkeiten.

■ Die Anwendungshinweise und Verwaltungsvorschriften zum Zuwanderungsgesetz sollen „den humanitären Zielsetzungen und den neuen flüchtlingsrechtlichen Anerkennungskriterien des Gesetzes voll entsprechen“. Ein wichtiger Punkt für die Grünen, die im Zuwanderungsgesetz – entgegen Schilys Auffassung – Regelungen zur geschlechtsspezifischen Verfolgung durchgesetzt hatten, die nun in der Praxis konkretisiert werden sollen. Eine Ausweitung der Fluchtgründe um geschlechtsspezifische Verfolgung führt dazu, dass Deutschland zu einem Magnet für Zuwanderung wird. Abzuwarten ist, ob die als Ausgleich gedachte konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht von Nicht-Bleibeberechtigten nicht auch wieder ein bloßes Lippenbekenntnis bleibt.

■ „Zur Integrationspolitik gehört auch ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht“, heißt es weiter. Ob damit neuerliche Änderungen am novellierten Staatsangehörigkeitsrecht gemeint sein sollen, bleibt offen. Immerhin hatte bereits diese Änderung zur Folge, dass fast die Hälfte der neu eingebürgerten Ausländer ihren alten Pass behält und somit eine doppelte Staatsangehörigkeit besitzt.

Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung:

■ Unter dem Stichwort „Innere Sicherheit“ sollen keine neuen Initiativen ergriffen, sondern es soll lediglich die „erfolgreiche Poli-

tik“ fortgesetzt werden. Offenbar eine rot-grüne Stillstandsvereinbarung zu Lasten eines besseren Schutzes des Bürgers.

■ Die Ankündigung einer „Evaluierung“ der Anti-Terror-Gesetzgebung ist zwar ergebnisoffen formuliert, zu befürchten ist jedoch, dass hierunter nicht die Schließung der verbliebenen Lücken in den Schily-Paketen, sondern eine weitere Verwässerung der Maßnahmen zu verstehen ist, zu denen sich Rot-Grün ausschließlich angesichts des akut erfahrenen Terrors durchgerungen hatte.

■ Die Ankündigung einer „umfassenden Nutzung moderner Methoden zur Identitätssicherung und zur Aufklärung von Straftaten“ ist zu begrüßen. Weniger begrüßenswert ist die Einschränkung, dass die modernen Methoden der Biometrie zur Identitätssicherung lediglich weiterentwickelt werden sollen. Das klingt im Sinne grüner Positionsbeschreibung mehr danach, auf diesem Feld weiter zu forschen, als im Sinne des o. g. Begriffs „Nutzung“ auch zu konkreten Anwendungen, also der Aufnahme biometrischer Merkmale in Ausweisdokumenten, zu kommen.

■ Dass die Nutzungsmöglichkeiten der DNA-Analyse im Ermittlungsverfahren zu verbessern sind, ist auch unsere Auffassung. Den völlig inhaltsleeren Formelkompromiss „Den Schutz vor Sexualstraftaten werden wir weiter verbessern“ nehmen wir beim Wort und werden entsprechend des erst vor kurzem von der Koalition abgelehnten Unionsentwurfes sowie der Initiative der Justizminister von CDU, CSU und FDP vom 10. Oktober 2002 auf Umsetzung unserer Vorschläge drängen, insbesondere für die nachträgliche Sicherungsverwahrung, den genetischen Fingerabdruck zumindest auch bei leichteren Straftaten mit Sexualbezug

und für die Heraufstufung des Kindesmissbrauchs zum Verbrechenstatbestand.

■ Die „Reduzierung der drogen- und suchtbedingten Probleme unserer Gesellschaft“ (nicht etwa: Reduzierung der Suchtprobleme der Betroffenen!), ist ebenfalls ein inhaltsleerer Formelkompromiss und könnte im schlimmsten Fall auch die Reduzierung der Beschaffungskriminalität über eine Zerstörung des illegalen Marktes durch Freigabe bedeuten.

■ Die „präventive Drogenpolitik der letzten Jahre konsequent fortzusetzen und dabei die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu berücksichtigen“ (nicht etwa: „beachten“!) kann durchaus auch eine teilweise Entkriminalisierung, im schlimmsten Fall sogar eine Legalisierung von Cannabis bedeuten.

■ Dass die Alltagskriminalität konsequent bekämpft werden soll, hört sich zwar gut an, wird aber stark relativiert, wenn man sich daran erinnert, dass die Klarstellung der Strafbarkeit von Graffiti-Schmierereien von Rot-Grün verhindert wurde. Es überrascht daher nicht, dass der Koalitionsvertrag hierzu keine Aussage trifft. Kontraproduktiv ist in diesem Zusammenhang auch die angekündigte Abschwächung des strafrechtlichen Sanktionensystems.

Umwelt/Energie

■ **Ökosteuer:** Rot-Grün will die Ökosteuer zum 1. Januar 2003 in einem weiteren Schritt erhöhen. Im Jahr 2004 soll eine Weiterentwicklung der Besteuerung geprüft werden. Die steuerliche Begünstigung des produzierenden Gewerbes soll abgebaut und Gas höher besteuert werden.

Obwohl der Bundeskanzler vor der Wahl jede weitere Erhöhung definitiv ausgeschlossen hatte, sind mit dem Prüfauftrag zur Weiterentwicklung in 2004 weitere Steuererhöhungen vorprogrammiert. Angesichts der katastrophalen Konjunktur- und Arbeitsmarktlage ist ein weiterer Anstieg der Belastungen für Unternehmen und Verbrauch durch fortgesetzte Ökosteuererhöhungen unverantwortlich. Dies gilt umso mehr, als trotz steigender Öko-Steuer weder eine Minderung des klimaschädlichen Kohlendioxid-Ausstoßes noch eine Senkung der Lohnnebenkosten bzw. Rentenbeiträge erreicht werden konnte.

Die höhere Besteuerung von Gas ist ökologisch widersinnig, da Gas ein umwelt- und klimaschonender Energieträger ist. Dies zeigt einmal mehr, dass Rot-Grün die Ökosteuer als ein rein fiskalisches Instrument zum Füllen der Staatskassen nutzt.

Die Union setzt sich dafür ein, die Ökosteuer in der bestehenden Form mittelfristig abzuschaffen und sie durch eine aufkommens-, wettbewerbsneutrale, europaweit abgestimmte und schadstoffbezogene Abgabe zu ersetzen, die wirklich zu Fortschritten im Umwelt- und Klimaschutz führt.

■ **Klimaschutz:** Rot-Grün strebt eine Reduktion der Treibhausgase um 40 % an unter der Voraussetzung, dass die EU ihre Treibhausgase um 30 % gegenüber dem Basisjahr 1990 reduziert.

Damit verabschiedet sich Rot-Grün von dem noch unter der unionsgeführten Bundesregierung festgelegten Ziel, den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids bis 2005 gegenüber 1990 um 25 % zu vermindern. Noch im Wahlprogramm wurde dieses nationale Klimaschutzziel bekräftigt und darüber hinaus eine weitergehende Reduktion um 40 % bis 2020 angekündigt.

Da Rot-Grün das mittelfristige und noch in der Legislaturperiode überprüfbare Ziel zu verfehlen droht, wird dieses kurzerhand durch ein Fernziel, das sich zudem nicht auf CO_2 , sondern auf alle Treibhausgase bezieht – und damit leichter zu erreichen ist –, ersetzt. Zudem ist es an die illusorische Voraussetzung gekoppelt, dass sich die EU auf ein deutlich anspruchsvolleres Emissionsminderungsziel einlässt, obwohl sie schon die Kioto-Verpflichtung zur Reduzierung der gesamten Treibhausgasemissionen um 8 % bis 2012 nur schwerlich erfüllen kann. Solcherart sichert sich die Bundesregierung ein Alibi für eine halbherzige Klimapolitik.

Die Union bekräftigt das Ziel des Kioto-Protokolls, die gesamten Treibhausgasemissionen um 21 % zu senken. Darüber hinaus ist es aber auch dringend erforderlich, eine Minderung des bedeutendsten Treibhausgases CO_2 bis 2005 um 25 % zu erreichen. Hier müssen deutlich effizientere Maßnahmen durchgeführt werden.

■ **Kernenergie:** Der Ausstieg aus der Atomenergie wird umgesetzt. Nach der endgültigen Stilllegung des AKW Mülheim-Kärlich in 2002 wird in 2003 das AKW Stade vom Netz gehen.

Das älteste und gegenüber Terrorangriffen am wenigsten gesicherte AKW Obrigheim, das eigentlich Anfang 2003 vom Netz gehen sollte, wird nicht erwähnt. Kein Wunder: gibt es doch eine Geheimabsprache mit Bundeskanzler Schröder an der Regierung und am Atomausstiegsgesetz vorbei, die einen weitergehenden Betrieb sichert. Dies zeigt einmal mehr, dass Rot-Grün mit dem sogenannten Atomausstieg einen bewussten Etikettenschwindel betreibt.

Die Union setzt sich dafür ein, dass auch unter Sicherheitsaspekten die Option Kernenergie und in jedem Fall die deutsche Si-

cherheitstechnik, die international Maßstäbe gesetzt hat, aufrechterhalten wird.

■ **Verpackungsverordnung/Dosenpfand:** Zum 1. Januar 2003 will Rot-Grün das Dosenpfand einführen.

Ein Zwangspfand wäre nicht nur von zweifelhafter ökologischer Effektivität, sondern auch ökonomisch ineffizient. Zu befürchten ist, dass durch eine Zwangsbepfandung der gegenwärtige Mehrweganteil noch weiter zurückgeht. Um dies zu vermeiden und darüber hinaus Weiterentwicklungen von ökologisch vorteilhaften Verpackungen zu berücksichtigen, ist eine Novellierung der Verpackungsverordnung dringend erforderlich.

Die Union setzt sich dafür ein, die von Rot-Grün zum 1. Januar 2003 beschlossene Pfandpflicht für Einweg-Getränke-Verpackungen durch eine ökologisch wirksamere und ökonomisch praktikablere sowie mittelstandsfreundliche Regelung zu ersetzen, die den Mehrweg besser sichert.

■ **Flächenversiegelung:** Die Bundesregierung wird eine Strategie zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme gemäß den Zielen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln.

Völlig unklar bleibt, wie das ehrgeizige Ziel einer Verringerung des Flächenverbrauchs von heute 130 ha pro Tag auf 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2020 verringert werden soll. Im Koalitionsvertrag sind keine klaren Maßnahmen für nachhaltige Siedlungsentwicklung und Rückgang der Flächenversiegelung enthalten.

Deutschland in Europa und der Welt

■ **Transatlantische Beziehungen:** Ein enges Verhältnis zu den USA, so die Koalitionsvereinbarung, sei neben der europäi-

schen Integration der zweite Pfeiler, auf dem die Freiheit und Demokratie Deutschlands aufgebaut ist. Doch die dürftigen Aussagen zu den Beziehungen zu unserem wichtigsten außereuropäischen Partner beschränken sich auf äußerst knapp bemessene Allgemeinplätze.

Angesichts des gestörten Verhältnisses zu den USA wird besonders deutlich, dass die Bundesregierung keinerlei konkrete Vorschläge zur Verbesserung der transatlantischen Beziehungen aufzuweisen hat. Projekte wie die von der CDU angeregte intensivierete Zusammenarbeit in den Bereichen Strafverfolgung, Energie- und Umweltpolitik oder die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone sucht man im rot-grünen Koalitionsvertrag vergeblich.

Wenn die rot-grüne Bundesregierung die im Bundestagswahlkampf angerichteten Schäden im transatlantischen Verhältnis reparieren will, ist mehr Engagement nötig, als die nichts sagenden Lippenbekenntnisse im Koalitionsvertrag versprechen.

■ Zukunft der Bundeswehr

Die Bundesregierung will die Reform der Bundeswehr fortsetzen und – wo erforderlich – weiter entwickeln. Beschaffungsplanung, materielle Ausstattung und Personalumfang sollen laufend den künftigen Anforderungen angepasst werden, wobei die Vorschläge der „Weizsäcker-Kommission“ die Richtschnur bilden. Zudem müsse in dieser Legislaturperiode überprüft werden, ob weitere Struktur Anpassungen oder Änderungen bei der Wehrverfassung notwendig sind.

Damit ist die Zukunft der Bundeswehr offen. Alles steht zur Disposition. Die Frage, ob die Wehrpflicht in Deutschland weiterhin Bestand hat, wurde bewusst offen gehalten. Die

Unterfinanzierung der Bundeswehr wird – trotz des Festhaltens an der mittelfristigen Finanzplanung (d.h. 24,4 Milliarden € jährlich bis 2006) – fortgeschrieben und in dramatischer Weise verschärft, weil durch Inflation und Lohnerhöhungen real weniger Mittel für die Verteidigungspolitik zu Verfügung stehen werden. Die umfangreichen Beschaffungsvorhaben, zu denen sich die Bundesregierung auch international verpflichtet hat, lassen sich mit der geplanten Finanzausstattung der Bundeswehr nicht bewältigen. Gravierende Einschnitte bei den Rüstungsprojekten oder beim Personal sind angesichts dieser Voraussetzungen unausweichlich.

Änderungen beim Personalumfang, die nichts anderes bedeuten als Personalabbau, werden die Schließung weiterer Standorte zur Folge haben. Für die Streitkräfte und die Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr bedeuten die Vorgaben des Koalitionsvertrags daher, dass die immer wieder geforderte Planungssicherheit zunichte gemacht wird. Die Bundeswehr wird damit auch als Arbeitgeber weiter an Attraktivität verlieren.

Die rot-grünen Beschlüsse sind alles andere als die von der CDU geforderte Stärkung der Bundeswehr. Anstatt die Bundeswehr wieder voll einsatz- und bündnisfähig zu machen, wird sie weiter ausgezehrt. Die Bundesregierung verfährt nach dem Motto „schieben, strecken, streichen“. Aufgrund dessen wird die Bundeswehr immer weniger in der Lage sein, mit den Bündnispartnern zu kooperieren und die zunehmenden Herausforderungen, vor allem die zahlreichen Auslandseinsätze, zu bewältigen. So wird Deutschland seiner internationalen Verantwortung und seinen Verpflichtungen in der NATO und in der Europäischen Union nicht gerecht.

UD

Gemeinsamer Beschluss

der Präsidien von CDU und CSU zur rot-grünen Koalitionsvereinbarung

1. Die Regierung ist wegen der massiven Erhöhung der Neuverschuldung in der **Sache** und wegen ihres dreisten Belügens der Wähler moralisch gescheitert, bevor sie überhaupt begonnen hat. Das Problem von Schröder und Eichel wird sein, dass man ihnen **kein Wort mehr glauben** wird. Schröder und seine Truppe strahlen **keine Seriosität** mehr aus – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

2. **Deutschland** befindet sich in einer **kritischen wirtschaftlichen Lage**. Die binnenwirtschaftliche Rezession verfestigt sich, die Arbeitslosigkeit droht im Winter auf einen neuen Rekordwert von über 4,5 Mio. zu steigen. Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme ist massiv gefährdet, die Steuereinnahmen gehen als Folge der wirtschaftlichen Schwäche zurück.

3. Der **Koalitionsvertrag von Rot-Grün** wird der schwierigen wirtschaftlichen Situation und dem dringend notwendigen Handlungs- und Reformbedarf auch nicht ansatzweise gerecht. Er ist **kein Dokument des Aufbruchs** für die kommenden Jahre. Er bestraft Leistung. **Steigende Steuern** und **Sozi-**

alabgaben werden die wirtschaftliche Krise weiter verschärfen und zu **weiter steigender Arbeitslosigkeit** führen. Insbesondere für die neuen Länder fehlt jeglicher Impuls für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Rückfall in sozialdemokratische Verschuldungspolitik gefährdet die Stabilität des Euro. Der Koalitionsvertrag ist Ausdruck der Unfähigkeit von Rot-Grün, Deutschland zu modernisieren und auf den Pfad wirtschaftlichen Wachstums zurückzuführen. Rot-Grün macht alle ärmer. Beispiele sind die Kürzungen der Eigenheimzulage und die Besteuerung des Aktiensparens.

4. Die geplante **massive Erhöhung der Neuverschuldung** um bis zu 16 Mrd. € im Jahr 2002 bedeutet, dass der Sparkurs der Bundesregierung **komplett gescheitert** ist. Sie ist eine Politik zu Lasten künftiger Generationen und führt zu einer deutlichen Verletzung des Defizitkriteriums des Stabilitätspaktes. Sie wird entweder Milliarden hohe Sanktionszahlungen an die Europäische Union oder eine Aufweichung des Stabilitätspaktes nach sich ziehen. Damit untergräbt ausgerechnet Deutschland den Stabilitätspakt und gefährdet die Geldwertstabilität des Euro. Für CDU und

CSU ist der Euro-Stabilitätspakt die Grundlage für die Stabilität unserer Währung.

5. Die geplanten und schnell ansteigenden **Steuererhöhungen** von 7,1 Mrd. € im Jahr 2003 bis 22,3 Mrd. € im Jahr 2006 werden die Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Wirtschaft sowie das Verbrauchervertrauen nachhaltig verschlechtern und trüben damit die wirtschaftlichen Aussichten weiter ein. Mit über 50 Steuerverschärfungen ist das rot-grüne Finanzpaket ein Steuererhöhungs- und Verschuldungsprogramm und widerspricht dem eindeutigen Versprechen des Bundeskanzlers, keine Steuererhöhungen vorzunehmen.

6. Rot-Grün erhöht weiter die Beiträge zu den Sozialversicherungen anstatt die notwendigen Strukturreformen anzugehen. Dies führt zu einer weiteren Anhebung der Lohnzusatzkosten, die schon heute im internationalen Vergleich viel zu hoch sind. Dies trifft alle Arbeitnehmer, reduziert die Bereitschaft zu Neueinstellungen weiter und verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Eine Konzeption für die notwendigen Reformen für den Arbeitsmarkt und zur Sicherung der Sozialversicherungssysteme ist nicht erkennbar. Die sogenannten Hartz-Vorschläge sind zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit ungeeignet.

7. Die Union lehnt einen nach unten nivellierenden Bildungszentralismus ab. Auf unseren Druck hin werden einheitliche und bessere Bildungsstandards in allen Ländern durchgesetzt. CDU und CSU setzen auf Qualität und Leistung an allen Schulen in Deutschland. Sie fordern die Bundesregierung auf, die angekündigten 4 Mrd. € bis 2007 für den Ausbau von Ganztagschulen ohne inhaltliche Vorgaben an die Länder zu geben. Die Union

wird keine inhaltlichen Vorgaben im Bundesrat akzeptieren.

8. CDU und CSU stehen für die Berechenbarkeit, Glaubwürdigkeit und Bündnisfähigkeit Deutschlands in der NATO und der EU. Frieden und Sicherheit sind auch für uns durch die neuen Gefahren von Terrorismus, Fundamentalismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bedroht. Nur gemeinsam können wir uns dagegen schützen. Deswegen setzen wir auf verlässliche Partnerschaft und auf einen gemeinsamen europäischen Weg. Unser Ziel ist, dass wir die durch die rot-grüne Politik und den Bundeskanzler verursachte **außenpolitische Isolierung** Deutschlands beenden und **Deutschland auf den gemeinsamen europäischen Weg zurückführen.**

9. CDU und CSU werden im Bund eine **konstruktive Opposition** sein. Wir werden Initiativen für eine bessere Politik einbringen in Bundestag und Bundesrat und die Bundesregierung mit dieser Alternative für eine bessere Politik in Deutschland konfrontieren. **Wir sind uns einig, dass wir Steuer- und Abgabenerhöhungen verhindern wollen.** Diskussionswürdig ist allein die angekündigte Korrektur von Fehlern der rot-grünen Steuerreform im Bereich des Körperschaftssteuerrechts, die allerdings nicht zu einer Substanzbesteuerung der Unternehmen und weiteren Ungleichgewichten zu Lasten der Personengesellschaften führen darf.

10. Unser **Kontrastprogramm zu Rot-Grün** setzt auf **mehr Freiheit, mehr Leistung und mehr Gerechtigkeit:**

- **Abbau von Bürokratie und Regulierung** statt Erhöhung von Steuern und Abgaben
- Die **Schere zwischen Ost und West** muss **geschlossen** werden und darf nicht weiter auseinander gehen

- Der **Arbeitsmarkt** muss befreit werden: Unbürokratische Jobs zum Hinzuverdienen, sofortige Abschaffung des Scheinselbstständigkeitsgesetzes, betriebliche Bündnisse für Arbeit
- Sofortige Auflage eines **Mittelstandsförderprogramms** zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen
- **Strukturreformen bei der sozialen Sicherung**: Gesundheitsreform zur Beseitigung der Zwei-Klassen-Medizin. Rentenreform zur Wiederherstellung der Rentensicherheit. Zusammenlegung von Arbeitslosen-

hilfe und Sozialhilfe mit dem Ziel, dass der, der arbeitet, mehr in der Tasche hat, als wenn er nicht arbeitet. Überprüfung der viel zu hohen Ausgaben von 22 Milliarden € für den zweiten Arbeitsmarkt mit dem Ziel, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken. Herangehen an die Missbräuche bei der Sozialhilfe zur Wiederherstellung der Leistungsgerechtigkeit.

Nur so geben wir den Menschen wieder Mut und erzeugen Aufbruchstimmung. Nur so schaffen wir wieder Wachstum und Beschäftigung für unser Land.

UID



Die von Rot-Grün verhandelte Koalitionsvereinbarung beweist: beide Parteien haben weder den Mut noch die Kraft, die notwendigen politische Konsequenzen aus den tief greifenden ökonomischen, demographischen und sozialen Veränderungen in unserem Land zu ziehen. Deutschland braucht grundlegende und mutige Struktur-reformen. Rot-Grün weicht dieser Notwendigkeit aus und flüchtet in höhere Belastungen der Bürger durch Steuern und Abgaben, in Leistungskürzungen und in eine höhere Neuverschuldung. Die längst überfälligen Reformen werden weitere vier Jahre verschleppt.